

STATISTISCHE BERICHTE



2643



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

Arb.-Nr. VIII/7/60

Erschienen am 16. Oktober 1957

Signatur ZS1
3 A 1 I 6

Bevölkerungsstand am 25. 9. und 31. 12. 1956
und Bevölkerungsentwicklung im 4. Vierteljahr 1956
(26. 9. 1956 bis 31. 12. 1956)

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

	Seite
Textteil	3
Tabelle Bevölkerungsbilanz der Länder des Bundesgebietes (einschl. Saarland) und von Berlin (West) für die Zeit vom 26.9. bis 31.12.1956 - Gesamte Wohnbevölkerung und Vertriebene - . . .	9

Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter
über "Bevölkerungsstand und -entwicklung"
unter der Nr. AI 1 bis 3

Die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland

Nach den Ergebnissen der Wohnungsstatistik 1956/57 und nach den bisherigen Fortschreibungsergebnissen

Gesamtüberblick

Mit dem Gesetz über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57), deren erste Ergebnisse in dieser Zeitschrift veröffentlicht worden sind, wurde auch eine Neufeststellung der Bevölkerungszahl angeordnet¹⁾. Durch diese Zählung sollten neue und zuverlässige Einwohnerzahlen für die einzelnen Gemeinden und darauf aufbauend für die übrigen Verwaltungsbezirke, die Länder und den Bund gewonnen und damit die Einwohnerzahlen ersetzt werden, die im Wege der „Fortschreibung“, d. h. durch die Hinzufügung der Geburten und Zuzüge zu den Ausgangsdaten und Absetzen der Sterbefälle und Fortzüge gewonnen worden sind. Die Ergebnisse sollen auch eine neue Grundlage für die weitere „Fortschreibung“ der Bevölkerungszahl bis zu einer umfassenden Volkszählung im Jahre 1960 bilden.

Die Kontrolle und die Veröffentlichung der Bevölkerungszahlen aus der Wohnungsstatistik 1956/57 hat sich aus mancherlei Gründen verzögert. Die von den ehrenamtlichen Zählern angelieferten Zählungsunterlagen mußten sehr sorgfältig überprüft und zum Teil ergänzt werden. Da in sehr vielen Gemeinden, besonders in den Großstädten das Zählungsergebnis hinter den bisherigen fortgeschriebenen Einwohnerzahlen zurückblieb, sind zum Teil eingehende Vollständigkeitskontrollen vorgenommen worden. Da den Gemeinden bewußt war, daß die festgestellte Einwohnerzahl u. a. auch die Grundlage für den Finanzausgleich bilden würde, hatten also die Gemeinden ein großes eigenes Interesse an einer vollständigen Erfassung aller Einwohner. Die hier angedeuteten Nachprüfungen haben in manchen Ländern viel Zeit gekostet, so daß die vollständigen Bundesergebnisse erst im September 1957 vorlagen.

Für das Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin [West]) ergab die Bestandsaufnahme der Bevölkerung anlässlich der Wohnungsstatistik für den 25. September 1956 eine Einwohnerzahl von fast genau 50 Millionen, die sich unter Einschluß von Berlin (West), aber ohne das Saarland auf 52 194 000 erhöhte. Die Aufgliederung dieser Einwohnerzahl auf die einzelnen Länder des Bundesgebietes ist für beide Geschlechter in der nachstehenden Tabelle gegeben. Die Angaben für die einzelnen Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke usw. sind von den Ländern zum Teil bereits veröffentlicht worden, und werden auch in den einschlägigen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes erscheinen. In der Tabelle sind zum Vergleich die bisherigen Fortschreibungsergebnisse aufgeführt.

Der Vergleich mit der Fortschreibung zeigt, daß die anlässlich der Wohnungsstatistik erfaßte Einwohnerzahl um 811 000 niedriger liegt, als die bisher auf Grund der Fortschreibung angenommene Bevölkerungszahl. Es ist nun eine alte, auch bei früheren Volkszählungen gemachte Erfahrung, daß Fortschreibungsergebnisse über einen längeren Zeitraum hinweg stets zu überhöhten Einwohnerzahlen geführt haben. Eine Abweichung um 1,6 vH erscheint dem bevölkerungsstatistischen Fachmann nicht als sonderlich groß und beachtenswert. Es ist aber auch bekannt, daß allgemeine Volkszählungen ihrerseits ebenfalls keine völlige Genauigkeit erreichen können. Man hat daher in neuerer Zeit im Ausland und auch bei uns dem Problem der Kontrolle und der Quantifizierung solcher Erfassungsfehler größere Aufmerksamkeit zugewandt. Wie späterhin noch näher dargelegt wird, konnten solche Kontrollen bei einer Bevölkerungszählung in der Bundesrepublik zum ersten Male in Verbindung mit der 19/igen Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 wenigstens im Hinblick auf einige Fehlermöglichkeiten durchgeführt werden.

¹⁾ Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, 8. Jg. N. F., 1956, Heft 11, S. 556 ff., „Aufgaben und Verfahren der Wohnungsstatistik 1956/57“; 9. Jg. N. F., 1956, Heft 7, S. 360 ff., „Die Wohnverhältnisse im September 1956“; Heft 8, S. 409 ff., „Die Wohnungsmiete im August 1956“; Heft 9, S. 478, „Die Wohnverhältnisse der vom Krieg besonders betroffenen Haushalte“, ferner auch die Glosse in Heft 7, S. 376, „Noch keine Bevölkerungszahlen aus der Wohnungsstatistik 1956/57“.

Tabelle 1: Die Wohnbevölkerung in den Ländern des Bundesgebietes (ohne Saarland) und in Berlin (West) am 25. September 1956 nach der Wohnungsstatistik und der Fortschreibung

Wohnungsstatistik Fortschreibung Differenz	Einheit	Wohnbevölkerung		
		insgesamt	männlich	weiblich
Schleswig-Holstein				
Wohnungsstatistik	1000	2 252	1 047	1 205
Fortschreibung	1000	2 272	1 057	1 215
Differenz	1000	+ 20	+ 10	+ 10
	vH	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8
Hamburg				
Wohnungsstatistik	1000	1 751	806	945
Fortschreibung	1000	1 801	836	965
Differenz	1000	+ 50	+ 30	+ 20
	vH	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,1
Niedersachsen				
Wohnungsstatistik	1000	6 481	3 039	3 442
Fortschreibung	1000	6 544	3 078	3 466
Differenz	1000	+ 63	+ 39	+ 24
	vH	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,7
Bremen				
Wohnungsstatistik	1000	638	300	338
Fortschreibung	1000	655	310	345
Differenz	1000	+ 17	+ 10	+ 7
	vH	+ 2,5	+ 3,4	+ 1,8
Nordrhein-Westfalen				
Wohnungsstatistik	1000	14 811	7 031	7 779
Fortschreibung	1000	15 077	7 215	7 862
Differenz	1000	+ 266	+ 184	+ 82
	vH	+ 1,8	+ 2,6	+ 1,1
Hessen				
Wohnungsstatistik	1000	4 529	2 117	2 412
Fortschreibung	1000	4 619	2 175	2 445
Differenz	1000	+ 90	+ 58	+ 32
	vH	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,3
Rheinland-Pfalz				
Wohnungsstatistik	1000	3 258	1 530	1 728
Fortschreibung	1000	3 338	1 579	1 758
Differenz	1000	+ 79	+ 50	+ 30
	vH	+ 2,4	+ 3,2	+ 1,7
Baden-Württemberg				
Wohnungsstatistik	1000	7 133	3 340	3 793
Fortschreibung	1000	7 268	3 421	3 847
Differenz	1000	+ 135	+ 81	+ 54
	vH	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,4
Bayern				
Wohnungsstatistik	1000	9 116	4 217	4 899
Fortschreibung	1000	9 207	4 270	4 937
Differenz	1000	+ 91	+ 53	+ 38
	vH	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,8
Bundesgebiet				
Wohnungsstatistik	1000	49 970	23 426	26 545
Fortschreibung	1000	50 781	23 941	26 840
Differenz	1000	+ 811	+ 515	+ 295
	vH	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,1
Berlin (West)				
Wohnungsstatistik	1000	2 224	945	1 279
Fortschreibung	1000	2 208	937	1 270
Differenz	1000	+ 16	+ 8	+ 8
	vH	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7

Bei künftigen Volkszählungen wird es, wie die jetzigen Erfahrungen zeigen, notwendig sein, vollständigere Vorkehrungen für die Kontrolle der Zahlfehler zu treffen.

Die Differenz von 811 000 Personen ist jedoch, wenn man sie nicht auf den gesamten Bevölkerungsstand, sondern auf den seit der letzten Volkszählung 1950 nachgewiesenen Bevölkerungszuwachs bezieht, erheblich genug, um sehr eingehende Überlegungen zu rechtfertigen, wie es zu dieser Differenz kommen konnte. Hierbei sind drei Ursachen zu unterscheiden, nämlich:

- Die Vollständigkeit der Erfassung der Bevölkerung bei der Wohnungsstatistik 1956/57;
- Fehlermöglichkeiten, die in den für die Fortschreibung der Bevölkerung verwandten Statistiken über die Geburten und Sterbefälle und die Wanderungen liegen können;

- c) Fehler, die in den Ergebnissen der Volkszählung 1950, die als Grundlage der bisherigen Fortschreibung diente, angenommen werden müssen.

Zur Frage der vollständigen Erfassung in der Wohnungsstatistik 1956/57

Wenn man beurteilen will, ob die Bevölkerung anlässlich der Wohnungsstatistik vollständig erfasst worden ist, so müssen auch hier verschiedene Ursachenkomplexe getrennt überlegt werden. Eine „topographische“ Vollständigkeit der Zählung kann mit großer Sicherheit angenommen werden. Bei den eingangs erwähnten Nachprüfungen in den Gemeinden ist selbstverständlich darauf geachtet worden, daß in allen Straßenzügen und Gebäuden gezählt worden ist, selbst wenn dies hier und da infolge des Ausfalls ehrenamtlicher Zähler nicht sofort am Zählungstage möglich war. Für die topographische Vollständigkeit spricht auch, daß die Zahl der bei der Zählung festgestellten Wohnungen etwas größer ist, als die mit der Fortschreibung der Wohnungen (seit der Wohnungszählung 1950 mit Hilfe der Bautätigkeitsstatistik) berechnete Wohnungszahl.

Da es sich 1956 in erster Linie um eine Wohnungsstatistik handelte, besteht allerdings die Möglichkeit, daß einzelne Behelfsunterkünfte, wie z. B. vorübergehend belegte Baracken auf Baustellen oder im Werksgelände, nicht gezählt worden sind. Auch die bei den ausländischen Streitkräften beschäftigten Personen, die in Wohnungen und Unterkünften dieser Streitkräfte leben, sind wahrscheinlich nicht ganz vollständig erfasst worden, obgleich entsprechende Vorkehrungen getroffen worden waren.

Eine Bevölkerungsgruppe, nämlich die auf Schiffen lebenden Personen, die keinen festen Wohnsitz an Land haben, ist zur Vereinfachung der Wohnungsstatistik im Jahre 1956 von vornherein nicht in die Zählung einbezogen worden. Hier ist eine echte Lücke vorhanden, die sich aus der Anlage der Zählung ergibt. Wie groß sie ist, läßt sich nicht beziffern, im Jahre 1950 waren es einige tausend Personen. Ob die Vergrößerung der deutschen Übersee- und Binnenflotte dazu geführt hat, diesen Personenkreis anwachsen zu lassen, ist schwer zu beurteilen, da die Besserung der allgemeinen Wohnungsverhältnisse andererseits auch dazu geführt haben kann, daß in vielen Fällen eine Wohnung an Land vorhanden ist, in der diese Personen erfasst wurden.

Man wird die Untererfassung, die bei der Wohnungsstatistik 1956 aus allen vorgenannten Gründen möglicherweise eingetreten ist, wohl auf höchstens 1 vom Tausend der Bevölkerung ansetzen können.

Es bleibt nun zu überlegen, ob eine unvollständige Ausfüllung der Zählpapiere als Folge von Mißverständnissen oder Nachlässigkeiten zu einer Untererfassung bei der Wohnungsstatistik geführt haben kann. Es muß auch daran gedacht werden, daß, möglicherweise bewußt, Personen verschwiegen worden sind. Das wäre denkbar, wenn die Bewohner von Werkswohnungen oder anderen mit Sondermitteln gebauten Wohnungen ohne die vertraglich erforderliche Zustimmung des Wohnungseigentümers Untermieter in ihre Wohnung aufgenommen haben. Der Gedanke, daß gerade die Untermieter nicht vollständig erfasst sein könnten, wurde zunächst dadurch gestützt, daß die erwähnten Vollständigkeitskontrollen in den Gemeinden vielfach zunächst übersehene Untermieterhaushalte erfasst haben. Dies kann sich aber auch daraus erklären, daß die meist berufstätigen Untermieter, die im Sinne der Zählung einen eigenen Haushalt darstellen, von den ehrenamtlichen Zählern auch bei mehrfachem Besuch der Wohnung nicht angetroffen und erfasst worden sind, während die Erfassung bei einer späteren Kontrolle durch die Gemeindebehörde gelang. Der Gedanke einer unvollständigen Erfassung der Untermieter wurde auch dadurch gestärkt, daß die Differenz zwischen der Zählung 1956 und den Fortschreibungsergebnissen bei den Männern besonders groß ist. Diese Differenz kann theoretisch aber, wie noch zu prüfen sein wird, ebenso von den Mängeln der Zählung 1950 wie von etwaigen Fehlern der Fortschreibung herrühren.

Um ein Urteil über mögliche Erfassungslücken zu gewinnen, wurde die im Frühjahr 1957 durchgeführte Zusatzerhebung zur

Wohnungsstatistik zu einer Nachkontrolle benutzt. Für die Zusatzerhebungen wurden 1% der Wohnungen ausgewählt, die bei der Totalerhebung im September 1956 als selbständige Wohnungen gezählt worden waren. In diesen Wohnungen wurde durch Interviewer ermittelt, ob es sich um eine Wohnung im Sinne der auf eine bauliche Einheit abgestellten Definition handelt, wieviel Haushalte und Personen darin wohnen und welche Veränderungen in der Belegung seit dem Zählungstichtag eingetreten sind. Veränderungen in der Wohnungsbelegung als Folge von Geburten und Sterbefällen, Zuzügen und Fortzügen wurden ausgeschaltet und so der Zustand vom September 1956 rechnerisch wiederhergestellt. Diese im Interviewverfahren rekonstruierte Wohnungsbelegung konnte nun mit den Eintragungen der Haushalte bei der Zählung im September 1956 verglichen werden, wobei festgestellt wurde, daß die Interviewer in den Wohnungen (als baulichen Einheiten) 0,85 vH mehr Haushalte erfaßten, als im September 1956 in den Auswahlwohnungen gezählt worden waren.

Diese bei der repräsentativen Zusatzerhebung über die Totalerhebung hinaus festgestellten Haushalte mußten nun noch daraufhin geprüft werden, ob sie in der Totalerhebung nicht doch schon erfasst wurden, aber nicht als besonderer Haushalt der Auswahlwohnung zugeordnet worden waren. Dies ist auf zweierlei Weise möglich. Es besteht die Möglichkeit, daß der vom Interviewer in der baulichen Wohnungseinheit zusätzlich festgestellte Haushalt sich bei der Totalzählung irrtümlich als Inhaber einer selbständigen Wohnung deklariert hatte. In diesem Falle ist der Haushalt als solcher und mit seinen Personen in der Bevölkerungszahl vom 25. September 1956 enthalten, so daß keine Erfassungslücke vorliegt. Sodann besteht die Möglichkeit, daß ein vom Interviewer zusätzlich festgestellter Haushalt mit eigener Wirtschaftsführung bei der Totalzählung nicht als besonderer Haushalt eine eigene Haushaltsliste ausgefüllt hat, sondern daß die Personen dieses Haushalts — meist handelt es sich um Familienmitglieder des Wohnungsinhabers — in die Haushaltsliste des Wohnungsinhabers aufgenommen worden sind. Dies kam insbesondere bei den in der Wohnung der Eltern lebenden jung verheirateten Ehepaaren, bei zusammenwohnenden Geschwistern oder Bekannten vor. Auch in diesem Falle waren die betreffenden Personen in der Bevölkerungszahl vom 25. September 1956 enthalten. Beiden hier genannten Möglichkeiten wurde durch Nachprüfung der entsprechenden Zählpapiere der Totalzählung in den Statistischen Landesämtern nachgegangen. Dabei stellte sich heraus, daß nur etwa 1/4 der bei der Stichprobe zunächst als fehlend festgestellten Haushalte tatsächlich fehlten. In diesen verbliebenen Fällen muß angenommen werden, daß es sich um Haushalte (und zwar in erster Linie sicherlich um Untermieter-Haushalte) handelt, die aus den schon erwähnten Gründen der Zählung entgangen sind. Da die Interviewerfeststellung ergeben hat, daß in den fehlenden Haushalten 1,7 Personen auf den Haushalt entfielen, so ergibt sich bei einer Hochrechnung auf die gesamte Bevölkerung, daß rund 70 000 Personen bei der Zählung 1956 nicht erfasst worden sind, weil der gesamte Haushalt, zu dem sie gehörten oder den sie bildeten, der ursprünglichen Zählung entgangen ist.

Anlässlich der 1%igen Zusatzerhebung konnte weiterhin kontrolliert werden, ob die Zahlen der bei der Haupterhebung und der Zusatzerhebung festgestellten Personen in den bei beiden Erhebungen erfaßten Haushalten gleich waren oder nicht. Dabei zeigte sich, daß rd. 2,9 vH der Haushalte bei der ursprünglichen Zählung weniger Personen angegeben haben als vorhanden sein mußten. Die Differenz betrug 1,3 vH der Personen. Andererseits hatten rd. 3,5 vH der Haushalte mehr Personen eingetragen als sie nach den Ergebnissen der Zusatzerhebung eintragen durften. Hier betrug die Differenz 1,9 vH der Personen. Rechnet man die in der Stichprobe festgestellten Differenzen auf die gesamte Bevölkerung auf und saldiert man die Lücken und Überhöhungen in der Zahl der Personen, so verbleibt eine Überhöhung um rund 200 000 bis 250 000 Personen oder um 0,4 bis 0,5 vH der ursprünglich festgestellten Personenzahl. Der Fehlbetrag in der Einwohnerzahl, der sich aus den ursprünglich nicht erfaßten Haushalten ergab (rund 70 000 Personen), wird dadurch mehr als ausgeglichen. Diese Überhöhung bildet außerdem auch ein Gegengewicht gegen

die weiter oben angenommene mögliche Untererfassung bestimmter Personenkreise bei der Wohnungsstatistik (rd. 50 000 Personen).

Das interessanteste Ergebnis dieser Nachkontrolle ist, daß auch im Jahre 1956 von der Bevölkerung in erheblichem Umfang Personen in die Haushaltslisten eingetragen worden sind, die nach den Zählungsanweisungen nicht hätten eingetragen werden dürfen. Es handelt sich dabei vielfach z. B. um den an einem neuen Arbeitsort lebenden Haushaltsvorstand und die vielleicht auf die Dauer aus dem heimischen Haushalt ausgeschiedenen erwerbstätigen Kinder, die nur als vorübergehend abwesend gekennzeichnet werden. Diese Tendenz, die Wohnung auf den Erhebungspapieren zu füllen, hat ihre Ursachen in dem verständlichen Wunsch, daß die aus beruflichen Gründen oder zu Ausbildungszwecken längere Zeit abwesenden Familienmitglieder ihren Platz in der heimischen Wohnung behalten sollten. Sie geht sicherlich auch noch auf die Furcht vor der Wohnraumbewirtschaftung zurück. Dieses Ergebnis ist deshalb so wichtig, weil es beweist, daß man im Jahre 1950, in dem die Wohnraumbewirtschaftung weit schärfer gehandhabt worden ist, in dem die Familientrennung weit häufiger war und in dem die Zahl der von den Familien zurückerwarteten Kriegsgefangenen und Vermißten noch weit größer war als heute, sicherlich mit einer noch sehr viel stärkeren Neigung der Bevölkerung, die Wohnungen auf dem Erhebungspapier zu füllen, rechnen muß. Hierauf wird noch später zurückzukommen sein.

Rechnet man die Untererfassungen und Überhöhungen, die sich aus den überschaubaren und zum Teil stichprobenweise kontrollierten Gründen ergeben und die sich zum Teil schätzen, zum Teil schätzungsweise berechnen und somit quantifizieren lassen, gegeneinander auf, so zeigt sich, daß die am 25. September 1956 festgestellte Bevölkerungszahl zwar einen Saldo aus Überschüssen und Fehlbeträgen darstellt, der Größe nach aber nur geringe Abweichungen von der Wirklichkeit aufweist. Es sind allerdings noch Zählfehler aus anderen Gründen denkbar, die jedoch mangels jeder Quantifizierungsmöglichkeiten nicht berücksichtigt werden können.

Die Zuverlässigkeit der für die Fortschreibung verwendeten Statistiken

Die bei der Volkszählung 1950 festgestellte Bevölkerung ist in der Zwischenzeit dadurch „fortgeschrieben“ worden, daß man die Lebendgeborenen und die von außerhalb des Bundesgebietes Zugezogenen hinzugesetzt und die Gestorbenen sowie die über Grenzen des Bundesgebietes Fortgezogenen abgesetzt hat.

Die Geburten- und Sterbefälle der zur Wohnbevölkerung des Bundesgebietes gehörenden Personen werden bei den Standesämtern zweifellos so vollständig erfaßt, daß Fehler der Fortschreibung von dieser Seite her praktisch nicht entstanden sein können.

Weniger sicher sind dagegen die Ergebnisse der Wanderungsstatistik. Die Statistik der Zuzüge und Fortzüge beruht auf den An- und Abmeldungen bei den Meldebehörden. Das Melderecht sieht nun die Möglichkeit eines zweiten Wohnsitzes vor, ohne daß der Betreffende sich am ursprünglichen Wohnort abzumelden braucht. Von dieser Möglichkeit des zweiten Wohnsitzes wird in allen Fällen Gebrauch gemacht, in denen der Ernährer einer Familie oder die erwachsenen Kinder — mehr oder weniger endgültig — an einen neuen Arbeitsort übersiedeln, ihren ursprünglichen Wohnsitz bei der Familie aber beibehalten. Da dort eine Abmeldung nicht erforderlich ist, mußte die Wanderungsstatistik so lange zu unrichtigen Ergebnissen führen, als man sie auf die Anmeldungen und Abmeldungen stützte. Seit der Volkszählung 1950 bis zum Ende des Jahres 1952 hat sich eine Diskrepanz von 160 000 Personen dadurch ergeben, daß die Zahl der polizeilichen Anmeldungen um 160 000 größer war, als die festgestellten polizeilichen Abmeldungen. Die Wanderungsstatistik ist daher mit Beginn des Jahres 1953 auf ein anderes Verfahren umgestellt worden. Es werden für die Binnenwanderungen, also für die Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes, nur noch die Anmeldungen, also die Zuzugsmeldungen als Grundlage für die Statistik verwendet und die Zahl der Zugezogenen dann an

ihren Fortzugsorten abgesetzt. Durch dieses Verfahren ist die Zahl der Zu- und Fortgezogenen identisch. Der bis Ende 1952 auf Grund des alten Verfahrens entstandene Fehler von 160 000 Personen ist seinerzeit nicht bereinigt worden, weil es nachträglich aus Kosten- und Arbeitsgründen nicht mehr möglich war, die Herkunftsorte der Zugezogenen statistisch aufzubereiten. Die Differenz konnte daher nicht nach Gemeinden aufgeteilt werden und sie hat bisher das Fortschreibungsergebnis belastet. Diese Differenz von 160 000 Personen muß also von dem bisher nachgewiesenen Zuwanderungsüberschuß abgesetzt werden, und zwar in der Zeit zwischen dem Volkszählungstermin 1950 und Ende 1952.

Die Fortzüge über die Grenzen des Bundesgebietes können statistisch nach wie vor nur auf Grund der polizeilichen Abmeldungen festgestellt werden. Wenn also Personen einen zweiten Wohnsitz außerhalb des Bundesgebietes begründen und sich infolgedessen an ihrem ursprünglichen Wohnort nicht abmelden, so können sie statistisch nicht als „Abwanderer“ erfaßt werden. Solche Fälle sind im allgemeinen wohl nur denkbar, wenn es sich um Familienmitglieder handelt, die ihren Wohnsitz bei der Familie aufrechterhalten haben. Sobald eine Wohnung oder auch ein Untermietverhältnis aufgegeben wird, ist im allgemeinen mit nachträglichen Abmeldungen durch die Vermieter zu rechnen. Es kann selbstverständlich auch andere Fälle geben, in denen Personen ohne polizeiliche Abmeldung das Bundesgebiet verlassen.

Eine weitere Fehlerquelle bilden Abmeldungen ohne genaue Angabe des zukünftigen Aufenthaltsortes. Nachprüfungen haben ergeben, daß es sich hier in den allermeisten Fällen um Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes handelt und diese Abmeldungen sind daher grundsätzlich als Binnenwanderungsfälle behandelt worden. Es muß jedoch zugegeben werden, daß sich hierunter auch eine wahrscheinlich nicht sehr große, allerdings nicht genau feststellbare Zahl von Abwanderungen ins Ausland oder in die sowjetische Besatzungszone befinden können. Die gekennzeichneten Ursachen würden dazu führen, daß die Zahl der Fortzüge über die Grenzen des Bundesgebietes bisher etwas zu gering angegeben worden ist. Auf der anderen Seite gibt es auch Gründe, die möglicherweise für eine — wahrscheinlich unbedeutende — Überhöhung der Zahl der Zuzüge sprechen. Eine Überhöhung ist im Zusammenhang mit nicht gezählten Abmeldungen „auf See“ und später als Zuzug gezählter Wiederanmeldung denkbar. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß besonders in den Jahren 1951/52 Zuwanderungen aus der sowjetischen Besatzungszone, besonders bei einem Arbeitsplatzwechsel kurz nach der Zuwanderung, doppelt gezählt worden sind. Aus allen vorgenannten Überlegungen ist schätzungsweise angenommen worden, daß der ursprünglich nachgewiesene Zuwanderungsüberschuß vor allem wegen nicht erfaßter Fortzüge um rund 50 000 Personen überhöht gewesen ist.

Auch wenn sich nicht feststellen läßt, ob und inwieweit die unvollständig erfaßten Abmeldungen sich auf Auswanderer und auf Rückwanderer in die sowjetische Besatzungszone verteilen, wird man in Anbetracht des Umfangs der gesamten Bewegungen zwischen der sowjetischen Besatzungszone und der Bundesrepublik davon ausgehen müssen, daß ein beträchtlicher Teil der unterlassenen Abmeldungen solche Rückwanderer betrifft. Von der Volkszählung 1950 bis zur Wohnungsstatistik 1956 sind insgesamt 150 000 Fortzüge nach Ostberlin und in die Sowjetzone registriert worden. Unterstellt man den doch recht unwahrscheinlichen Fall, daß jeder Vierte beim Wegzug nach den sowjetisch besetzten Gebieten die Abmeldung unterlassen hat, so würde das rund 40 000 fehlende Personen und damit den Hauptteil des hier eingesetzten Fehlbetrages von rund 50 000 Personen ergeben. Hierbei muß auch an Familienbesucher aus der sowjetischen Besatzungszone gedacht werden, die sich in der Bundesrepublik anmelden, um hier auf alle Fälle gemeldet zu sein, dann aber wieder in die Zone zurückkehren und eine Abmeldung unterlassen. Daß bei den Zuzügen aus den sowjetisch besetzten Gebieten über die Notaufnahmelager und Notunterkünfte-Ost Doppelzählungen in größerem Umfang vorgekommen sind, ist sehr unwahrscheinlich, da die betreffenden Personen bei ihrem Eintreffen

in den Lagern von der Wanderungsstatistik noch nicht erfaßt werden, sondern erst bei der Begründung eines Wohnsitzes an ihrem neuen Arbeits- oder Aufenthaltsort. Andererseits muß auch angenommen werden, daß die Registrierung der Zuzüge aus den sowjetisch besetzten Gebieten gewisse Lücken aufweist, da es durchaus denkbar ist, daß ein Teil der fraglichen Personen den Behörden nicht bekannt werden will.

Auf Grund der vorstehenden Ergebnisse ergibt sich das nachstehend wiedergegebene Bild des Bevölkerungszuwachses für die Zeit vom Stichtag der Volkszählung 1950 bis zum Stichtag der Wohnungszählung 1956.

Tabelle 2: Fortschreibungselemente vom 14. September 1950 bis 25. September 1956¹⁾

Fortschreibungselemente	Bundesgebiet (ohne Saarland)		
	insgesamt	männlich	weiblich
Lebendgeborene	4 681	2 415	2 266
Gestorbene	3 174	1 831	1 543
Geburtenüberschuß	+ 1 607	+ 784	+ 723
Zuzüge über die Grenzen des Bundesgebietes ²⁾	2 671	1 335	1 336
Fortzüge über die Grenzen des Bundesgebietes	1 085	526	559
(Berichtigung des Außenwanderungssaldos)	50	— 25	— 25
(Binnenwanderungsdifferenz)	160	110	50
Wanderungssaldo ursprünglich	— 1 592	+ 814	+ 778
(nach Berichtigung)	1 382	+ 679	+ 703
Bevölkerungszunahme ursprünglich	+ 3 099	— 1 598	+ 1 501
(nach Berichtigung)	+ 2 889	— 1 463	+ 1 426

¹⁾ Einschl. Differenz der Wanderungen von Bundesland zu Bundesland.

Durch die vorgenommenen Bereinigungen und Berichtigungen sowie durch Rückgängigmachung einiger von den Statistischen Landesämtern schon früher vorgenommener Korrekturen im Fortschreibungsergebnis (rund 14 000 Personen) vermindert sich die ursprünglich festgestellte Differenz zwischen Volkszählungs- und Wohnungszählungsergebnis von 811 000 Personen um 196 000 Personen auf rund 615 000 Personen.

Fehlermöglichkeiten in der Volkszählung 1950

Die vorstehenden Darlegungen haben gezeigt, daß die nicht unbedeutlichen, aber sich gegenseitig weitgehend aufhebenden Erfassungsfehler bei der Wohnungsstatistik 1956/57 es erlauben, die festgestellte Zahl dem Niveau nach als zutreffend anzusehen und daß auch der nunmehr eingesetzte Bevölkerungszuwachs für die Zeit zwischen den beiden Zählungen nach der Bereinigung der Wanderungsstatistik keine nennenswerten Fehler mehr enthalten kann: Die immer noch verbleibende beträchtliche Differenz zwischen dem Volkszählungsergebnis 1950 und der Bevölkerungszahl der Wohnungsstatistik 1956 von etwa 600 000 Personen kann danach nur aus einer Überhöhung der Volkszählungsergebnisse 1950 erklärt werden. Dieses Ergebnis mag auf den ersten Blick frappierend erscheinen, dürfte aber dennoch zutreffend sein. Es bedeutet, daß im Jahre 1950 als Saldo aller Zählfehler eine Überhöhung von etwa 1,2 vH angenommen werden muß, was in Anbetracht der damals noch viel größeren Unrast in der Bevölkerung und der großen Unsicherheit über den endgültigen Arbeitsort durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Bei der Diskussion der Ergebnisse der Nachkontrolle zur Wohnungsstatistik 1956/57 hat sich gezeigt, daß auch 1956 die ursprünglichen, also noch nicht durch Interviewer kontrollierten Angaben der Bevölkerung um 0,9 Mill. überhöht waren, die sich erst wieder durch Untererfassung in anderen Haushalten auf den oben genannten Saldo (200 000 bis 250 000 Personen) ermäßigen. Dabei ist zu bedenken, daß die Erhebungspapiere der Volkszählung 1950, die von der Bevölkerung selbst eine Aufteilung in verschiedene Bevölkerungsgruppen nach der Dauer der Abwesenheit vom Haushalt verlangten, mehr zu Doppelzählungen geführt haben dürften, als die unter diesem Gesichtspunkt verbesserten Zählpapiere der Wohnungszählung 1956. Wenn bei der Zählung 1950 nur in etwas stärkerem Maße die an einem anderen Arbeitsort arbeitenden Familienmitglieder noch bei ihrer Familie und zurück erwartete Kriegsgefangene und Vermißte unverkennbar unter den ständig anwesenden Haushaltsmitgliedern eingetragen worden sind, so erklärt sich daraus ohne große Schwierigkeit die hier zur Diskussion stehende Diffe-

renz von 1,2 vH der Bevölkerung. Eine nachträgliche Stichprobenweise Kontrolle dieser überhöhten Angaben hat 1950 nicht stattgefunden. Andererseits hat die damalige Verbindung einer Wohnungszählung mit einem besonderen Wohnungsbogen, auf dem alle Bewohner der Wohnung (als baulicher Einheit) verzeichnet waren, und einem getrennten Zählpapier für die Haushalte eine bessere Kontrolle der Erfassung aller Haushalte und Personen durch die Zähler möglich gemacht. Die Faktoren, die 1956 zu einer Untererfassung von Haushalten und Personen geführt haben, gelten daher nicht im gleichen Maße für die Zählung von 1950.

Ein Teil der Differenz ist auch auf einen begrifflichen Unterschied zurückzuführen. Im Jahre 1950 wurden die Insassen von Flüchtlings-Durchgangslagern zur Wohnbevölkerung gezählt, ihre Bewohner dann aber bei der Zuwanderungsstatistik nochmals als Zuwanderer erfaßt, wenn sie das Lager verließen und sich in einer normalen Unterkunft polizeilich anmeldeten. Dieser Personenkreis, der der Höhe nach nicht bekannt ist, muß also begrifflich von der Bevölkerungszahl für 1950 abgesetzt werden, wenn die Ergebnisse der Volkszählung mit denen der Fortschreibung begrifflich übereinstimmen sollen.

Die Schlußfolgerung, daß im Jahre 1950 dadurch zuviel Personen gezählt worden sind, daß längere Zeit oder dauernd abwesende Personen als nur vorübergehend abwesend gekennzeichnet worden sind, erklärt auch die unterschiedliche Differenz für die Männer und Frauen. Diese doppelt oder zuviel gezählten Personen betrafen in erster Linie Männer im erwerbsfähigen Alter. Der Frauenüberschuß war daher im Jahre 1950 tatsächlich noch größer als bisher angenommen worden ist. So erklärt sich auch, daß sich der Frauenüberschuß, wenn man von den ursprünglichen und nunmehr als überhöht erkannten Zählungsergebnissen 1950 ausgeht, trotz der ausgleichenden Wirkung der Bevölkerungszunahme in den Jahren 1950 bis 1956, in den Zählungsergebnissen von 1956 als kaum vermindert darstellt.

Schlußfolgerungen

Die vorstehenden Darlegungen über Fehlermöglichkeiten und tatsächlich erkannte Fehler mögen den Eindruck erwecken, als ob sich die deutsche Statistik auf außerordentlich unsicherem Boden bewegt und dies sogar bei den Einwohnerzahlen, deren Feststellung der Laie oft als eine verhältnismäßig einfache Aufgabe ansieht. Es sei hier daran erinnert, daß die Zahl der Personen mit doppeltem Wohnsitz, deren eindeutige Zuordnung und Erfassung nur dann möglich wäre, wenn die Angaben am Ausgangsort und am neuen Wohnort miteinander konfrontiert werden könnten, immerhin fast eine Million Personen beträgt. Bei der Größe dieser Zahl ist das Herausschreiben und die Zusammenführung individueller Zählkarten für diese Personen arbeits- und kostenmäßig nicht zu bewältigen. Bei den vielfachen Übergängen, in denen sich häufig die Lösung vom heimischen Haushalt vollzieht, ist auch kaum zu erwarten, daß die Eintragungen der Familie am Ausgangsort und die der abgewanderten Familienmitglieder am neuen Arbeitsort immer miteinander übereinstimmen werden, denn es ist ein an und für sich schönes und verständliches Zeichen des Familienzusammenhalts, wenn die in die Ferne Abgewanderten noch zu Hause als zugehörig betrachtet werden. Auf der anderen Seite drängen die Arbeitsgemeinden, zu denen vor allem auch die Orte mit Universitäten und anderen Ausbildungsstätten sowie die Fremdenverkehrsorte gehören, mit Recht darauf, daß die dort längere Zeit arbeitenden oder studierenden Menschen auch in ihrer Stadt zur Wohnbevölkerung gezählt werden.

Die vorstehenden Überlegungen haben aber auch gezeigt, daß die ständigen Bemühungen der deutschen Statistik, die Erhebungsverfahren zu verbessern, zu einem gewissen Erfolg geführt haben. Es hat sich gezeigt, daß das Ergebnis der Wohnungsstatistik 1956/57 trotz mancher bei der Nachkontrolle festgestellten Mängel der Wirklichkeit doch näher gekommen ist als die Ergebnisse der sechs Jahre früher veranstalteten und nicht durch eine Stichprobenkontrolle überprüften Volkszählung 1950. Das Ergebnis verbesserter Methoden zeigt sich besonders auch im Nachweis des Bevölkerungszuwachses, denn hier sind die Ergebnisse der letzten Jahre weitaus zuverlässiger als die noch nach den alten Methoden

berechneten Zahlen für die Jahre 1951 und 1952.

Es ist zweifellos auch für den Statistiker nicht angenehm, wenn neue Erhebungen und Kontrollen erweisen, daß bisher veröffentlichte Ergebnisse revidiert werden müssen. Daß das Bessere der Feind des Guten ist, gilt nun einmal auch für die Statistik. Wenn drei miteinander in Verbindung stehende Zahlen — Zählungsergebnis 1956/57, Fortschreibung und Zählungsergebnis 1950 — rechnerisch nicht in Einklang gebracht werden können, so muß mindestens eine von ihnen geändert werden. Das Statistische Bundesamt fühlt sich verpflichtet, der Öffentlichkeit für die praktische Arbeit in sich zusammenhängende Bevölkerungszahlen an die Hand zu geben, die nach bestem Wissen und Gewissen der Wirklichkeit am nächsten kommen. Das Amt kann sich daher nicht auf den wissenschaftlich gerechtfertigten Hinweis beschränken, daß alle statistischen Erhebungen mit gewissen, nicht bis ins letzte aufzuklärenden Fehlergrenzen behaftet sind.

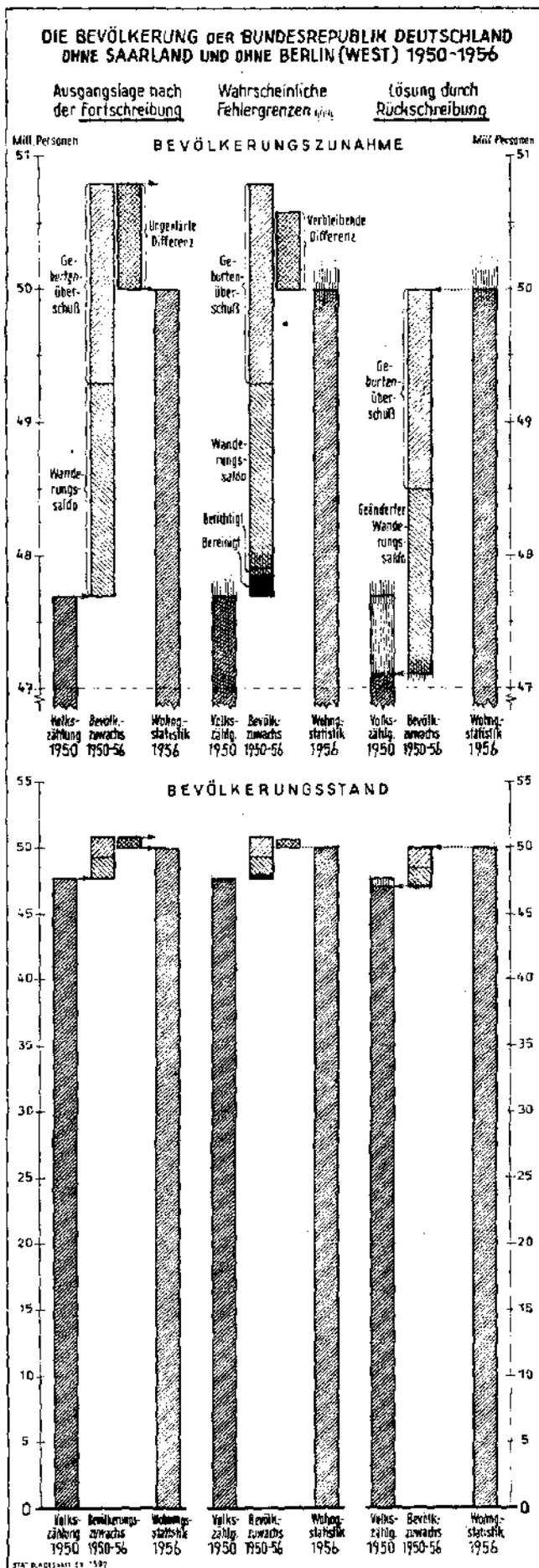
Durchschlagende oder beweisbare Gründe, daß das festgestellte Ergebnis der Wohnungsstatistik 1956/57 geändert werden müßte, sind nicht vorhanden. Nach den vorstehenden Überlegungen enthält dieses Ergebnis wahrscheinlich keine großen Abweichungen von der Wirklichkeit. Die bei der Zählung festgestellten Zahlen können und müssen also als gültige Einwohnerzahlen und Ausgangspunkt der weiteren Fortschreibung anerkannt werden. Bei der Geringfügigkeit des Saldos der quantifizierbaren Fehler lohnt es nicht, die Bundeszahl schätzungsweise um mögliche Fehler zu berichtigen und dafür dann in Kauf zu nehmen, daß die Bundeszahl sich nicht mehr aus den Gemeinde- und Länderzahlen aufbauen würde. Ob die Abweichungen von der Wirklichkeit infolge der Zeit nicht erkennbarer Fehler doch größer sind als heute angenommen werden kann, wird sich leider erst bei der nächsten Volkszählung 1960 herausstellen, vorausgesetzt, daß es bei dieser künftigen Zählung gelingt, die ursprünglichen Erhebungsfehler weiterhin zu reduzieren und durch eine geeignete Nachkontrolle zu quantifizieren. Aus der dann methodisch besser gesicherten Zahl und aus den ebenfalls verbesserten Ergebnissen der Statistiken des Bevölkerungszuwachses zwischen 1956 und 1960 wird sich erst feststellen lassen, ob und in welchem Umfang das jetzt als gültig akzeptierte Ergebnis der Wohnungsstatistik 1956/57 tatsächlich der Wirklichkeit entspricht.

Die Zahlen des Wanderungssaldos sind berichtigt und schätzungsweise bereinigt und damit — wenn auch nicht sehr erheblich — abgeändert worden. Der noch verbleibende Rest zwingt dazu, für die Zwecke einer durchlaufenden Reihe das Zählungsergebnis 1950 zu „verändern“.

In dem nachstehenden Schaubild sind die aufgetretenen Diskrepanzen, die möglichen Fehlergrenzen und die nach reiflicher Überlegung gezogenen Schlussfolgerungen zusammenfassend dargestellt. Das Schaubild zeigt in seinem unteren Teil die hier ausführlich behandelten strittigen Größen in ihrem Verhältnis und in ihrer Wirkung auf die gesamte zur Diskussion stehende Einwohnerzahl. Es zeigt sich deutlich, daß vom Standpunkt der Gesamtbevölkerung aus den aufgetretenen Zweifeln kein allzu großes Gewicht beikommt. Das in vergrößertem Maßstab dargestellte Bild des Bevölkerungszuwachses läßt erkennen, daß das früher übliche Verfahren, die Größen zwischen den beiden Zählungen zu interpolieren, nicht anwendbar ist. Bei einem solchen Verfahren würden die absoluten Differenzen, die sich aus prozentual verhältnismäßig geringen Zählfehlern bei den Großzählungen ergeben können, praktisch allein der Wanderungsstatistik zur Last gelegt werden, wozu kein Anlaß und keinerlei Berechtigung besteht. Die in der Wanderungsstatistik verbleibende Fehlergrenze könnte niemals die verbliebene Differenz von rund 600 000 Personen erklären.

Ausgehend von der neu festgestellten Bevölkerungszahl 1956 hat das Statistische Bundesamt nunmehr mit Hilfe der Geburten und Sterbefälle und der für die Zeit vor 1953 hereinigten und berichtigten Wanderungszahlen die Bevölkerungszahl „zurückgeschrieben“.

Dabei wurde der Wanderungssaldo für die Jahre 1953 bis 1956 unverändert gelassen, so daß also der für diese Jahre nachgewiesene Bevölkerungszuwachs in der gleichen Höhe



bestehen bleibt, wie er bisher veröffentlicht worden ist. Für die Jahre 1952 und früher sind Bereinigungen und Berichtigungen des Wanderungssaldos vorgenommen worden. Die Rückschreibung ist auch über das Jahr 1950 bis zum Volkszählungsjahr 1946 fortgesetzt worden, um eine in der Bewegung und im Niveau zusammenhängende Reihe von Bevölkerungszahlen

Tabelle 3: Die Wohnbevölkerung des Bundesgebietes (ohne Saarland) 1946 bis 1956

Ergebnis der Rückschreibung bzw. Fortschreibung der Bevölkerungszustellung vom 25. September 1956

Stichtag Zeitraum	Wohnbevölkerung		
	insgesamt	männlich	weiblich
Bestand 1000			
31. 12. 1956	50 109,7	23 498,0	26 611,7
25. 9. 1956	49 970,3	23 425,0	26 544,7
31. 12. 1955	49 507,1	23 188,8	26 320,3
31. 12. 1954	48 952,5	22 891,2	26 061,3
31. 12. 1953	48 487,1	22 647,1	25 820,0
31. 12. 1952	47 897,8	22 355,8	25 541,8
31. 12. 1951	47 598,1	22 208,4	25 389,8
31. 12. 1950	47 231,8	22 038,0	25 193,8
13. 9. 1950	47 080,5	21 981,7	25 118,8
31. 12. 1949	46 573,4	21 650,3	24 898,1
31. 12. 1948	45 818,9	21 150,6	24 668,3
31. 12. 1947	44 575,4	20 326,7	24 348,7
31. 12. 1946	43 570,8	19 561,0	24 009,8
29. 10. 1946	43 321,8	19 448,0	23 873,8
Zunahme gegenüber dem jeweiligen Vorjahr 1000			
1956	+ 803,2	+ 309,6	+ 293,6
1955	+ 554,8	+ 295,6	+ 259,0
1954	+ 485,4	+ 244,1	+ 241,3
1953	+ 569,5	+ 291,3	+ 278,2
1952	+ 301,5	+ 147,4	+ 154,1
1951	+ 364,4	+ 170,4	+ 194,0
1950	+ 653,4	+ 357,7	+ 295,7
1949	+ 759,5	+ 529,7	+ 229,8
1948	+ 1 143,5	+ 823,9	+ 319,6
1947	+ 1 104,6	+ 765,7	+ 338,9
vH			
1956	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1
1955	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,0
1954	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9
1953	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1
1952	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6
1951	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
1950	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,2
1949	+ 1,7	+ 2,5	+ 0,9
1948	+ 2,6	+ 4,1	+ 1,3
1947	+ 2,5	+ 3,9	+ 1,4

des Bundesgebiets für die Nachkriegszeit zu gewinnen. Die gleiche Reihe wurde bis auf den 31. Dezember 1956 fortgeführt und wird auch weiterhin fortgeschrieben werden.

Die Rückschreibung der Bevölkerungszahlen, die zu dem in den Tabellen niedergelegten Ergebnis führt, kann zahlenmäßig nur für die Einwohnerzahl getrennt nach den beiden Geschlechtern durchgeführt werden. Sie erlaubt auch, ausgehend von den Zahlen des Jahres 1956, gegebenenfalls die Berechnung entsprechender Zahlen für alle in der Fortschreibungstatistik unterschiedenen Verwaltungsbezirke bis zum Jahre 1953 und selbstverständlich auch für die Länder. Vom Jahre 1952 ab rückwärts ist eine ähnlich genaue Aufteilung nicht mehr möglich, da sich die in der Wanderungsstatistik bis zu diesem Zeitpunkt entstandenen Differenzen nicht nach Gemeinden aufteilen lassen. Die Bevölkerungszahlen für die einzelnen Bundesländer können aber ebenfalls noch weiter zurückgeschrieben werden.

Bei diesem Verfahren muß die innere Struktur der Volkszählungsergebnisse 1950 weiterhin als göltig verwendet werden, da eine regionale Aufteilung der erkannten Differenzen oder gar eine Aufteilung auf die sonstigen ausgewiesenen Merkmale (wie z. B. Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Erwerbstätigkeit, Berufszugehörigkeit usw.) unmöglich ist. Bei einem Vergleich mit den nach gleichen oder ähnlichen Merkmalen gegliederten Ergebnissen späterer Volks- und Berufszählungen wird man allerdings berücksichtigen müssen,

daß die Überhöhung der Volkszählungsergebnisse 1950 bei bestimmten Altersgruppen oder bei bestimmten Gruppen der männlichen Bevölkerung erheblich stärker war als bei der übrigen Bevölkerung.

Das Statistische Bundesamt wird in den einschlägigen Veröffentlichungen und Ja-Einwohner-Berechnungen in Zukunft die hier wiedergegebenen revidierten Zahlen verwenden und jeweils auf die Tatsache der Berichtigung hinweisen. In vielen Statistischen Reihen, in denen Ja-Einwohner-Berechnungen vorgenommen worden sind, wird die Revision der Bevölkerungszahlen sich kaum fühlbar auswirken, da diese Reihen meist aus sachlichen Gründen Bewegungen aufweisen, die sehr viel stärker sind als der Einfluß der sich verändernden Bevölkerungszahlen. An dem Ausmaß der Bewegung solcher Reihen seit 1953 ändert sich kaum etwas, da die nachgewiesene und veröffentlichte absolute Bevölkerungszunahme seit 1953 nicht revisionsbedürftig war.

Bevölkerungsbilanz der Länder des Bundesgebietes (einschl. Saarland) und von Berlin (West)

für die Zeit vom 26. 9. bis 31. 12. 1956

- Gesamte Wohnbevölkerung und Vertriebene¹⁾ -

Personenkreis	Geschlecht	Wohnbevölkerung am 25.9.1956 ²⁾	Veränderungen in der Zeit vom 26.9. bis 31.12.1956						Wohnbevölkerung am 31.12.1956
			Geburten (+) bzw. Sterbefallüberschuß (-)	Zu- (+) bzw. Abwanderungsüberschuß (-)		Zu- (+) bzw. Abnahme (-)			
				insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt		
			1 000				vH	1 000	
Schleswig-Holstein									
Gesamte Wohnbevölkerung	männlich	1 046,9	+ 0,9	+ 0,4	- 0,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,1	1 048,3
	weiblich	1 205,2	+ 0,8	- 2,8	- 3,6	+ 0,8	- 2,0	- 0,2	1 203,2
	insgesamt	2 252,1	+ 1,7	- 2,3	- 4,1	+ 1,8	- 0,6	- 0,0	2 251,4
darunter: Vertriebene	männlich	286,5	+ 0,4	- 0,4	- 0,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	286,5
	weiblich	349,5	+ 0,3	- 1,2	- 1,6	+ 0,4	- 0,9	- 0,3	348,6
	insgesamt	636,1	+ 0,7	- 1,6	- 2,2	+ 0,6	- 0,9	- 0,1	635,2
Hamburg									
Gesamte Wohnbevölkerung	männlich	805,8	- 0,2	+ 4,5	+ 2,6	+ 1,9	+ 4,3	+ 0,5	810,1
	weiblich	945,4	- 0,1	+ 4,6	+ 2,7	+ 1,9	+ 4,5	+ 0,5	949,9
	insgesamt	1 751,3	- 0,3	+ 9,1	+ 5,3	+ 3,8	+ 8,8	+ 0,5	1 760,1
darunter: Vertriebene	männlich	106,5	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,5	108,0
	weiblich	115,3	+ 0,2	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,4	116,9
	insgesamt	221,7	+ 0,5	+ 2,7	+ 1,7	+ 0,9	+ 3,2	+ 1,4	224,9
Niedersachsen									
Gesamte Wohnbevölkerung	männlich	3 038,6	+ 4,4	- 5,2	- 8,1	+ 2,8	- 0,8	- 0,0	3 037,8
	weiblich	3 442,5	+ 4,4	- 6,9	- 11,0	+ 4,0	- 2,6	- 0,1	3 439,9
	insgesamt	6 481,1	+ 8,8	- 12,2	- 19,0	+ 6,8	- 3,4	- 0,1	6 477,7
darunter: Vertriebene	männlich	760,9	+ 1,8	- 2,4	- 3,5	+ 1,0	- 0,7	- 0,1	760,3
	weiblich	894,0	+ 1,3	- 2,6	- 4,5	+ 1,9	- 1,4	- 0,2	892,6
	insgesamt	1 654,9	+ 3,1	- 5,1	- 8,0	+ 2,9	- 2,0	- 0,1	1 652,9
Bremen									
Gesamte Wohnbevölkerung	männlich	299,6	+ 0,2	+ 2,5	+ 1,8	+ 0,7	+ 2,7	+ 0,9	302,3
	weiblich	338,8	+ 0,2	+ 2,7	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,9	+ 0,9	341,7
	insgesamt	638,4	+ 0,5	+ 5,2	+ 3,8	+ 1,3	+ 5,6	+ 0,9	644,1
darunter: Vertriebene	männlich	39,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 2,4	40,2
	weiblich	48,7	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,1	+ 2,2	49,8
	insgesamt	88,0	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,4	+ 2,0	+ 2,3	90,0
Nordrhein-Westfalen									
Gesamte Wohnbevölkerung	männlich	7 031,3	+ 9,9	+ 21,6	+ 4,7	+ 16,9	+ 31,6	+ 0,4	7 062,9
	weiblich	7 779,3	+ 10,9	+ 23,1	+ 10,1	+ 15,0	+ 36,0	+ 0,5	7 815,3
	insgesamt	14 810,6	+ 20,8	+ 46,8	+ 14,8	+ 32,0	+ 67,6	+ 0,5	14 878,2
darunter: Vertriebene	männlich	1 079,1	+ 3,9	+ 8,1	+ 3,0	+ 5,1	+ 12,0	+ 1,1	1 091,1
	weiblich	1 105,5	+ 3,5	+ 10,9	+ 5,0	+ 5,9	+ 14,4	+ 1,3	1 119,9
	insgesamt	2 184,5	+ 7,4	+ 19,0	+ 8,0	+ 11,0	+ 26,5	+ 1,2	2 211,0
Hessen									
Gesamte Wohnbevölkerung	männlich	2 116,8	+ 2,3	+ 4,1	+ 1,1	+ 3,0	+ 6,4	+ 0,3	2 123,1
	weiblich	2 412,5	+ 1,8	+ 4,4	+ 1,2	+ 3,2	+ 6,3	+ 0,3	2 418,7
	insgesamt	4 529,2	+ 4,1	+ 8,5	+ 2,3	+ 6,2	+ 12,6	+ 0,3	4 541,8
darunter: Vertriebene	männlich	389,6	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 2,2	+ 0,6	391,8
	weiblich	430,6	+ 0,7	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,5	432,8
	insgesamt	820,2	+ 1,5	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 4,5	+ 0,5	824,7
Rheinland-Pfalz									
Gesamte Wohnbevölkerung	männlich	1 529,9	+ 3,3	+ 1,1	- 1,5	+ 2,6	+ 4,4	+ 0,3	1 534,3
	weiblich	1 729,5	+ 3,0	+ 0,6	- 1,5	+ 2,1	+ 3,6	+ 0,2	1 733,1
	insgesamt	3 259,4	+ 6,3	+ 1,7	- 3,0	+ 4,7	+ 8,0	+ 0,2	3 267,4
darunter: Vertriebene	männlich	130,7	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,9	131,8
	weiblich	134,5	+ 0,5	+ 0,7	- 0,0	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,9	135,7
	insgesamt	265,2	+ 0,9	+ 1,4	- 0,2	+ 1,5	+ 2,3	+ 0,9	267,5

